

# Sozialdemokratischer Pressedienst

Chefredakteur:  
Helmut G. Schmidt  
Heussallee 2-10, 5300 Bonn 1

Postfach: 12 04 08  
Telefon: (02 28) 21 90 38/39  
Telex: 08 85 846 ppbn d



## Inhalt

Hajo Hoffmann MdB warnt vor Strukturerschütterungen durch US-Protektionismus. Seite 1

Jürgen Schmude MdB, Vorsitzender des Arbeitskreises Innenpolitik der SPD-Bundestagsfraktion, fordert schonungslose Bestandsaufnahme bei den Lehrstellen. Seite 3

Wolfgang Clement, Sprecher des SPD-Vorstandes, führt Indizien an, daß der Bundesgrenzschutz in eine Bürgerkriegsarmee umgewandelt werden soll. Seite 5

Heinrich Klein MdB: Die Bundesregierung rechnet selber mit 400.000 Kündigungen in der Folge von Konkursen. Seite 7

38. Jahrgang / 139

25. Juli 1983

**Stahlpolitik: Die USA isolieren sich!**

-----  
Handelspolitische Hemmungen kennt die Regierung Reagan nicht

Von Hajo Hoffmann MdB

Mitglied des Haushaltsausschusses des Deutschen Bundestages

Klare Fronten hat die letzte Sitzung des OECD-Stahlausschusses in Paris geschaffen: Alle Vertreter der stahlproduzierenden Mitgliedsstaaten haben den USA vorgeworfen, eine vereinbarungswidrige Politik für Edelstahlprodukte zu betreiben. Die von Washington beschlossenen Zoll-Aufschläge für einige Spezialstahlarten laufen unter dem Kennzeichen "Anti-Dumping-Maßnahmen". In Wirklichkeit sind es protektionistische Handelshemmnisse, die den amerikanischen Herstellern einen Schutzwall schaffen sollen.

Besonders hart betroffen sind die Stahlproduzenten in der Bundesrepublik. Von den verteuerten Stahlqualitäten exportiert der deutsche Markt rund 20 Prozent der US-Stahlimporte. Noch dramatischer stellen sich die Auswirkungen dar, wenn man berücksichtigt, daß diese Stahlprodukte bisher nicht so stark unter dem Preisverfall gelitten haben, wie die seit einiger Zeit tief defizitären leichten Profile - also Draht, Stabstahl, Betonstahl - im Massenstahlbereich.

Sollten die USA also nicht bewegt werden können, ihre egoistische Handelsrestriktion aufzuheben, so bedeutet das für die deutschen Edelstahlhersteller zusätzlich zur bestehenden europäischen Stahlkrise eine bedrohliche Verschärfung.

So ist zum Beispiel für die vorgesehene Edelstahlherstellung Thyssen/Krupp mit etwa zwei Millionen Jahrestonnen Edelstahlproduktion (circa ein Drittel der europäischen Edelstahlherstellung) ebenso wie für wichtige Produktions-teile von Klöckner, Saarstahl und Hoesch eine zusätzliche Marktverschärfung zu prognostizieren.

Verlag:

Sozialdemokratischer  
Pressedienst GmbH  
Heussallee 2-10/217  
5300 Bonn 2  
Telefon: (02 28) 8 12-1

Printed in Germany  
and available in English  
by subscription



Hintergrund der Auseinandersetzung ist die rapide Verschlechterung der jeweiligen Anteile an der Stahlproduktion weltweit:

- vor einem Jahrzehnt stellten die USA 20 Prozent der Rohstahlerzeugung; die EG lag bei 23 Prozent;
- heute liegt der amerikanische Anteil bei 15 Prozent und der europäische bei 17,5 Prozent.

Die Auslastung vorhandener Kapazitäten ist für die USA mit deutlich unter 50 Prozent noch dramatischer als die der EG mit knapp über 60 Prozent. Dennoch: Diese Zahlen der USA sind kein Alibi für die jüngsten Import-Restriktionen.

Erstens verstoßen die Amerikaner gegen die GATT-Vereinbarungen, zweitens gegen den OECD-Stahlkonsens und drittens gegen alle Absichtserklärungen des Williamsburger Wirtschaftsgipfels. Damals hatten sich die Regierungschefs verprochen, protektionistische Handelshemmnisse abzubauen.

Der Vorgang macht deutlich, daß die amerikanische Außenwirtschaftspolitik keinen außenpolitischen oder gar bündnispolitischen Hemmungen unterliegt. Ähnlich wie im Fall der Osthandelspolitik (die Verbündeten zu Beschränkungen des Osthandels drücken und gleichzeitig enorme US-Weizenlieferungen an die UdSSR vereinbaren) wird deutlich, daß mit seriösen Absprachen nicht gerechnet werden kann.

Die Bundesregierung hat hier klar Flagge zu zeigen. Sie muß der US-Regierung verdeutlichen, daß der jüngste Absprachenverstoß nicht hinzunehmen ist. Darüber hinaus muß sich die Bundesregierung fragen lassen, was Gipfeltreffen eigentlich wert sind, wenn ihre Ergebnisse - so mager sie waren - ins Gegenteil verkehrt werden. Auch einem Bündnispartner gegenüber haben wir eigene Interessen beharrlich zu vertreten.

Sollte dieses Beispiel in Kontinuität mit der Osthandelsdiskussion Schule machen, so muß die außenwirtschaftliche empfindliche Struktur der deutschen Wirtschaft dadurch etwas mehr gesichert werden, daß der Handelsanteil mit den USA zugunsten einer breiteren Streuung der Außenhandelsbeziehungen mittelfristig reduziert wird. Sonst bleibt die Möglichkeit, daß ein Husten in den USA bei uns Strukturerschütterungen auslöst.

(-/25.7.1983/bgy/va)

+ + +



Schonungslose Bestandsaufnahme geboten  
-----

Dem leichtfertigen Lehrstellenversprechen darf nicht die große Täuschung folgen!

Von Dr. Jürgen Schmude MdB

Vorsitzender des Arbeitskreises Innenpolitik der SPD-Bundestagsfraktion

Kurz vor Beginn des Ausbildungsjahres 1983/84 zeichnet sich die Gefahr ab, daß junge Menschen in unerwartet hoher, bedrückender Zahl trotz aller Mühe bei der Suche nach einem Ausbildungsplatz erfolglos bleiben werden. Die Nachfrage nach Lehrstellen übersteigt immer noch erheblich das Angebot. Daß es in einigen Regionen etwas günstiger aussieht, kann nicht einmal den Durchschnitt positiv prägen. Die Ausbildungsnot in den vielen ungünstigeren Bereichen kann es erst recht nicht abwenden.

"Für jeden ist eine Lehrstelle da", verkündete der Bundeskanzler mit Hilfe der Wirtschaft kurz vor der Wahl. Viele haben sich dadurch beeindrucken lassen. Jetzt sehen sie sich getäuscht durch ein "Wahlkampfversprechen" in jenem unerfreulichen Sinne, der die Unzuverlässigkeit solcher Versprechen von vornherein unterstellt. Bundeskanzler Kohls Lehrstellen-Garantie wird nicht erfüllt werden.

Statt das auch öffentlich einzugestehen und die notwendigen Konsequenzen zu ziehen, treffen Bundesregierung und Wirtschaft Vorbereitungen, die Lage zu verschleiern und die Einlösung der fehlgeschlagenen Garantie vorzutäuschen. Das darf ihnen nicht gelingen: Um der Wahrheit willen nicht und auch um der erfolglosen Bewerber willen nicht, die Hilfe statt zynischer Zweckpropaganda brauchen.

Bei den eigenen Vermittlungsbemühungen des Bundeskanzlers ist klägliches Scheitern absehbar. Von etwa 6.000 bis 7.000 Jugendlichen, die sich mit ausführlichen Bewerbungsschreiben an den Bundeskanzler gewandt haben, sind bisher nur wenige hundert mit Ausbildungsplätzen versorgt. Teilweise haben sie diese sogar ohne Zutun des Kanzleramtes gleichsam beispielhaft öffentlich vorzustellen, wie das zur Zeit geschieht, ist unseriös und kann von den vielen unversorgten Briefschreibern nur als Hohn empfunden werden. Josef Stingl, der Präsident der Bundesanstalt für Arbeit, hat recht mit seiner Skepsis gegenüber der Erfüllung der "Lehrstellen-Garantie". Seine Zahlen sind maßgebend - wie in allen früheren Jahren auch. Nicht maßgebend - und auch völlig undurchsichtig - sind Zahlenspiele, die von Wirtschaftsvertretern zur Untermauerung optimistischer Prognosen vorgeführt werden. Sie können ihre Glaubwürdigkeit auch dadurch nicht steigern, daß sie die Feststellungen der Arbeitsverwaltung öffentlich in Zweifel ziehen und gleich noch deren Vermittlungszuständigkeit angreifen. Die damit verfolgte Absicht ist leicht erkennbar und gibt zu besonderem Argwohn Anlaß.

Schon möglich, daß es in einzelnen Branchen und Regionen noch zahlreiche freie Ausbildungsplätze gibt. Merkwürdig aber, daß bei solchen Meldungen niemals verraten wird, wo die Plätze sind und von welchen besonderen Bedingungen ihre Besetzung abhängt. Wenn etwas dran ist an diesen Berichten, würden die zahllosen bisher unversorgten Bewerber zusätzliche Informationen sehr schätzen und sich noch in derselben Stunde auf den Weg machen. Gegenwärtig aber wirken die Hinweise auf freie Lehrstellen wie Zahlengaukeleien, die auf fragwürdiger statistischer Grundlage zur Entlastung der Wirtschaft von ihren Verbänden in die Welt gesetzt werden.

Mit der auffälligen Betonung der "Ausbildungswilligkeit und Ausbildungseignung" und auch der "notwendigen Mobilität der Bewerber" sind die Instrumente schon bereit ge-



legt, mit deren Hilfe man im Herbst den jungen Menschen die Schuld am Mißerfolg ihrer Lehrstellensuche zuschieben will. Angesichts der durchaus ernsthaften Bemühungen der Bewerber und ihrer durchweg vorhandenen Bereitschaft, auch andere als den zunächst gewünschten Beruf zu erlernen, wäre solche Schuldzuweisung ungerecht und unanständig.

Es darf nicht dazu kommen, daß mit derartigen Manövern über die Nichterfüllung des Kanzler-Versprechens und der verfassungsgerichtlich festgestellten Pflicht der Wirtschaft zur Versorgung der jungen Generation mit Ausbildungsplätzen hinweggetäuscht wird. Auch darf die Spekulation nicht aufgehen, daß viele unversorgte Bewerber nach Beginn des Ausbildungs- und Schuljahres berufsschulpflichtig werden, - eben weil sie keinen Ausbildungsplatz haben - und damit automatisch aus den Listen der Arbeitsämter verschwinden. Solche Menschen sind nicht versorgt, sondern - für ein Jahr - umgeleitet worden.

Statt Verschleierung und Beschönigung ist schonungslose Bestandsaufnahme geboten, damit die dringende Notwendigkeit besonderer Hilfsmaßnahmen offenbar wird und diese auch ergriffen werden. Der Katalog solcher Maßnahmen ist lang und kann durch Sachkunde und Einfallsreichtum noch erweitert werden.

Zunächst sind weitere Anstrengungen der Wirtschaft unerläßlich. Nachdem die Wirtschaftsverbände den Bundeskanzler noch im Februar mit dem wirksamen Wahlkampf-Knüller ausgestattet haben, muß jetzt der gesamte Bedarf dieses Jahres an Ausbildungsplätzen gedeckt werden, auch wenn dazu noch so harte Anstrengungen nötig sind. Lieber verlieren wir Sozialdemokraten einen Grund zur Kritik am Bundeskanzler, als daß wir dem Verlust junger Menschen an Lebenschancen zusehen müssen.

Die Bundesregierung muß ihre eigenen Bemühungen verstärken. Mit den Mitteln des Benachteiligtenprogramms kann in diesem Jahr gerade die gleiche Zahl an Ausbildungsverhältnissen gefördert werden wie 1982. Die Nachfrage nach solchen Fördermitteln ist groß und entsprechend auch die Ausbildungsbereitschaft geeigneter Träger.

Wo die betriebliche Ausbildung nicht angeboten werden kann, müssen - mit Unterstützung der Kammern und einzelner Betriebe - die Möglichkeiten der Berufsschulen unvoreingenommen genutzt werden. In Hessen wird davon bereits Gebrauch gemacht, nicht nur für Büroberufe und Schneider, sondern auch für Maschinenschlosser und Betriebsschlosser.

Ziel solcher Bemühungen muß stets die vollwertige Ausbildung sein. Anlernverhältnisse, Praktika, sogenannte Grundausbildungslehrgänge mögen manchmal begrenzten Nutzen haben. Als Ersatz für Berufsausbildung sind sie Scheinlösungen, Wartestände mit kurzfristig aufgeschobener Enttäuschung.

(-/25.7.1983/bgy/va)

+ + +



## Will Zimmermann eine Bürgerkriegsarmee?

Der BGS soll in eine para-militärische Rolle gedrängt werden

Von Wolfgang Clement  
SPD-Vorstandssprecher

Bundesinnenminister Zimmermann führt offensichtlich ein weiteres "Wende"-Manöver im Schilde, das die innenpolitische Szene der Bundesrepublik etwas längerfristig auf nachhaltige Weise verändern kann. Gemeint ist: Die Rückentwicklung des Status des Bundesgrenzschutzes, der seines polizeilichen Charakters wieder entkleidet werden soll. Stattdessen soll nach dem Willen der BGS-Kommandeure, denen der Bundesinnenminister jetzt freien Lauf zu lassen gewillt scheint, eine paramilitärische Truppe aufgezüchtet werden, die nicht nur an der Grenze, sondern auch bei Auseinandersetzungen im Innern, konkret: bei Demonstrationen, ihre Schlagkraft unter Beweis stellen könnte. Die Sorge, daß hier eine Art "Bürgerkriegsarmee" entstehen könnte, ist nicht von der Hand zu weisen.

Erste öffentliche Hinweise für die geplante Status-Änderung des BGS gab Zimmermann, als er jüngst in Kassel den Kommandeurs-Wechsel beim Grenzschutzkommando Mitte zum Anlaß nahm, über ein angeblich "schwindendes Rechtsbewußtsein" in der Bundesrepublik zu lamentieren, und er gleichzeitig von der Notwendigkeit sprach, den "Landfrieden wiederherzustellen". In unmittelbarem Zusammenhang damit plädierte er nicht nur ein weiteres Mal für sein neues verschärftes Demonstrationsstrafrecht, sondern forderte er auch, den Bundesgrenzschutz von Grund auf zu überprüfen, die Ausbildung gegebenenfalls zu reformieren, damit sie den "Anforderungen der Praxis" genüge, wieder eine "gesunde Mischung aus Dienen und Verdienen" herzustellen, überhaupt "Geist und Kameradschaft" im BGS in Ordnung zu bringen, und "eine Zersplitterung in einzeldienstliche Aufgabenerfüllung" zu unterbinden, weil diese "mit dem Verbandscharakter nicht vereinbar" sei.

Hinter diesem Zimmermann-Vokabular steht die Kritik, die eigentlich seit Verabschiedung des Bundesgrenzschutzgesetzes und des Personalstrukturgesetzes von 1976 aus dem Lager der BGS-Kommandeure zu hören war, und die sich bis heute auf dem Kopf des ehemaligen Bundesinnenministers Baumentlädt. Die seinerzeit beschlossene und von Baum durchgeführte "Verpolizeilichung" des BGS, die aus Grenzschützern auf Zeit im Wege einer grundlegenden Ausbildungsreform Polizeibeamte auf Lebenszeit machte, und die im Übrigen auch zur Folge hatte, daß die Führungskräfte des BGS ihrer militärischen Ränge verlustig gingen und nur polizeiliche Amtsbezeichnungen behielten, war von vielen Angehörigen der BGS-Führungsriege tatsächlich nie akzeptiert worden. Mit Zimmermann sehen sie nun die Chance, den Bundesgrenzschutz wieder zu einer quasi-militärischen Einrichtung zu machen - wie er das in den fünfziger und eingangs der sechziger Jahre war -, deren Angehörigen man die theoretischen Flausen aus dem Kopf schlagen möchte, um ihnen wieder "Stil" und "Form" und "dienstliche Umgangsformen" beizubringen, und aus der man dann auch die Gewerkschaft der Polizei als "truppenfremdes" Element wieder herausdrängen möchte. Es ist alarmierend, daß in diesem Zusammenhang in den von BGS-Kommandeuren gespickten Veröffentlichungen nicht selten als herausforderndes Gegenbild die "Nationale Volksarmee" der DDR auftaucht.

Es paßt in diesen Rahmen, daß Innenminister Zimmermann derzeit erneut die Diskussion um eine andere Bewaffnung der Polizei anheizt, womit er nicht nur die Ausrüstung mit Gummi-Wuchtgeschossen meint, wie sie beispielsweise in der Schweiz schon seit



längerem eingesetzt werden. Wie er soeben erklärte, will er den Bundesgrenzschutz in jedem Fall mit diesen Waffen ausstatten. Nach den Feststellungen der Gewerkschaft der Polizei haben sie sich in der Schweiz allerdings nicht bewährt: Aus einer Entfernung von unter 20 Metern abgefeuert, können sie zu schwersten Körperverletzungen führen, bei über 20 Metern Entfernung verlieren sie endgültig ihre Zielgenauigkeit. Der Bundesinnenminister scheint dennoch entschlossen, sich von diesen Einwänden die auch dagegen sprechen, daß hier eine Waffe zur Hand sei, mit der sich die Polizei vor Steinewerfern schützen könnte, nicht beeindrucken zu lassen.

Die Umstrukturierung des Bundesgrenzschutzes hat unterdessen Zimmermanns Fraktionsfreund, den CDU-Abgeordneten Broll, angestoßen, als er mit dem harmlos klingenden Vorschlag hervortrat, den Nachwuchs des Zolldienstes künftig vor allem aus ehemaligen Beamten des Bundesgrenzschutzes zu rekrutieren. Die Konsequenz wäre ein abermals völlig verändertes Berufsbild des Grenzschutzbeamten - nämlich weg vom Polizeibeamten auf Lebenszeit -, eine entsprechende Verkürzung und "Entpolizeilichung" der BGS-Ausbildung. Die abzusehende Folge: Ein Grenzschutzbeamter, der wieder mehr in den Kategorien von Befehl und Gehorsam denkt, als er aus eigener Verantwortung zu handeln lernt.

Wer den damit skizzierten Tendenzen zur Restauration des "alten", quasi-militärischen Grenzschutzes entgegenwirken will, muß sich allerdings über die folgenden Punkte klar sein:

- Der Grenzschutz braucht nach wie vor eine der Länderpolizei entsprechende Ausbildung: Sowohl aus letztlich verfassungsrechtlichen Gründen als auch, um den BGS-Beamten seinem polizeilichen Berufsbild entsprechend Überganglos in die Länderpolizei übernehmen zu können. Nur ein umfassend ausgebildeter Beamter ist in der Lage, eigenverantwortlich Einzeldienst zu leisten.
- Es gehört aber zu dieser Konzeption, daß Grenzschutzbeamte auch tatsächlich von den Länderpolizeien übernommen werden. Dazu gibt es derzeit eine Quotenregelung, die in den Ländern auf unterschiedliche, überwiegend finanzielle Schwierigkeiten stößt, die aber Bedingung ist, um den Bundesgrenzschutz als Polizei erhalten zu können und ihn gegen Versuche zu immunisieren, zum Grenzschrützer auf Zeit zurückzukehren, der sich besser in einen militärischen Verband eingliedern läßt.
- Es muß schließlich und nicht zuletzt darauf geachtet werden, daß Ausrüstung und Bewaffnung des Grenzschutzes weiterhin der polizeilichen Zielvorstellung entsprechen und gewährleisten, daß sowohl das Übermaßverbot als auch das Verhältnismäßigkeitsgebot eingehalten werden. Das ist offensichtlich der aktuell kritischste Punkt, an dem Zimmermann ansetzt.

Es steht einiges auf dem Spiel: Ein Grenzschutz als "Polizei zweiter Ordnung" - vor der 1976 der damalige BMI-Staatssekretär (und Schreiber-Vorgänger) Reuter warnte -, die sich mangels praktischer und theoretischer polizeilicher Qualifikation als paramilitärischer Verband zu emanzipieren versucht - das wäre alles andere als ein wirklicher Beitrag zur inneren Sicherheit der Bundesrepublik. (-/25.7.1983/bgy/va)

+ + +



Die Regierung rechnet mit 400.000 neuen Kündigungen  
-----  
Arbeitsministerium gibt den Abschied von der Aufschwungsthese offen zu

Von Heinrich Klein (Dieburg) MdB

Die Bundesregierung geht davon aus, daß in der Zeitspanne vom 1. Oktober 1983 bis zum 30. September 1984 rund 400.000 jetzt noch beschäftigte ihren Arbeitsplatz verlieren.

Diese Feststellung ergibt sich aus einer Antwort des beamteten Staatssekretärs im Bundesministerium für Arbeit und Sozialordnung, Manfred Baden, auf eine schriftliche Anfrage meinerseits zum Thema Rückwanderung ausländischer Arbeitnehmer.

Ich hatte wissen wollen, auf welche Berechnungen sich die Bundesregierung stützt, wenn sie davon ausgeht, daß durch die Rückkehrprämien für ausländische Arbeitnehmer in der Zeitspanne von Herbst 1983 bis zum Herbst 1984 rund 20.000 Ausländer außerhalb des EG-Raumes in ihre Heimat zurückkehren. Bekanntlich ist die Rückkehrprämie an die Voraussetzung geknüpft, daß man den Arbeitsplatz durch Kündigung oder durch Betriebsstillegung verliert.

In der Antwort von Staatssekretär Baden heißt es wörtlich: "Bei ihrer Kalkulation ist die Bundesregierung weitgehend auf Schätzungen angewiesen. Es ist anzunehmen, daß innerhalb der für die Rückkehrförderung festgelegten Zeitspanne insgesamt etwa 400.000 Arbeitnehmer betroffen sein könnten. Bei einem Ausländeranteil von circa zehn Prozent kämen etwa 40.000 Ausländer für eine Rückkehrförderung in Betracht. Die Bundesregierung hat unterstellt, daß etwa 50 Prozent die Rückkehrhilfe in Anspruch nehmen, und ist somit bei ihren Beschlüssen von etwa 20.000 Förderfällen ausgegangen.

Nach meiner Überlegung muß davon ausgegangen werden, daß die Bundesregierung offenbar selbst nicht mehr an den von ihr propagierten "Aufschwung" glaubt. Wer kalkuliert, daß innerhalb von zwölf Monaten durch Konkurse, Betriebsstillegungen oder Kurzarbeit, die über ein halbes Jahr andauert, mehr als 400.000 Arbeitnehmer neu betroffen sind, gesteht ein, daß man zwar über den Aufschwung redet, eine Wirtschaftsbelebung aber tatsächlich nicht zu erwarten ist.

(-/25.7.1983/bgy/va)

+ + +

